

Thomas Meyer

Zwischenruf: Stiefkind Europa?

Das europäische Einigungswerk hatte seine große Zeit, in der Verlass darauf war, dass auch die heftigsten Rückschläge, wie weiland die Politik des leeren Stuhls von Frankreichs Präsidenten Charles de Gaulles 1966, den Fortschritt der Integration nicht ernsthaft behindern, sondern am Ende befördern würden. Die Ergebnisse der europäischen Politik überzeugten Bürgerinnen und Bürger und sicherten ihr Wohlwollen. Diese Phase, man könnte sie das »goldene Zeitalter« der EU nennen, ist lange vorüber. Sie wurde abgelöst von der mühseligeren Ära des *blame game*, jener mutlosen Drückebergerei der für Europa zuständigen Regierungsspitzen, die immer weniger als Anwälte Europas wirken. Gewiss, sie begeben sich weiterhin pflichtgemäß nach Brüssel, ganze qualvolle Nächte lang. Was dann dort genau geschieht, ist aus der nationalen Ferne mangels präsenter europäischer Öffentlichkeit freilich kaum zu ermitteln. In gewisser Weise verschwinden die Helden aus dem Scheinwerferlicht der nationalen Schaubühnen in der Brüsseler Finsternis, wo sich die entscheidenden großen Sitzungen in der Regel in nächtlicher Dunkelheit begeben.

Die Ergebnisse der Treffen, so sie vorzeigbar scheinen, werden zuhause als nationale Erfolge im Ringen mit feindlichen Rivalen oder, wo es ratsamer scheint, als Diktat der Brüsseler Bürokratie angeprangert. In Brüssel ist man Mr. Hyde, der Bösewicht, zuhause Dr. Jekyll, der Menschenfreund. Die beide haben natürlich nichts miteinander zu schaffen, außer der Kleinigkeit, dass es sich um ein und dieselbe Person handelt. Aber das weiß ja noch niemand.

Nun ist die europäische Politik in eine dritte Phase eingetreten. Das Spiel heißt nun »Stiefkind Europa«. Die historisch beispiellosen Segnungen, die das große Einigungswerk den Menschen bringt, werden



Reiner Zensen

Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung*. Im Erscheinen: *Was ist Fundamentalismus?*
thomas.meyer@fes.de

als Gratisgabe lustlos konsumiert. Man konzentriert sich nun mit Eifer auf die Defekte und das, was zum wahren Glück noch fehlt. Keiner möchte sich mit dem Aschenputtel auf Festen zeigen, keiner ihm unter den Blicken der Verächter ein bisschen Zuneigung gönnen. Publizistik, Medien und Politik sind sich einig, wenn von der EU die Rede ist, muss das Herabsetzende überwiegen, wenn Beifall vom Publikum kommen soll. Wo eigentlich sind die Anwälte Europas, die sich über die billige Europaempörung empören, wo die Medien, die ihrer Stimme Gewicht verliehen oder gar nach ihr riefen? Der Themenliste überfälliger Empörung von Stéphane Hessel wäre dieses Thema ohne Zögern hinzuzufügen.

Nun hat sich eine Abwärtsspirale zu drehen begonnen, weil die immer unverhohlener als Nationalegoisten agierenden Regierungen – unter den Lockrufen von Journalisten und Talkshow-Schwadronen – für ihr eigenes Versagen einem Europa die Verantwortung zuschieben wollen, das doch in nichts anderem bestehen kann als der Qualität ihres eigenen Gemeinschaftshandelns. Auf diese Weise ruinieren sie allmählich auch die Bedingungen dafür, in der heimischen Öffentlichkeit Zustimmung zu finden, wenn sie sich denn unter dem Druck der selbst erzeugten Krise doch noch zu einer Politik aus europäischer Gesinnung aufrappeln sollten. Alles, was in der Europäischen Union versäumt wird, geschieht nicht wegen »Brüssel«, sondern weil

die nationalen Regierungen dies so wollten und beschließen. Das Parlament kann allein nichts ausrichten und selbst die Kommission, als Sachwalter der Supranationalität der Gemeinschaft vom nationalegoistischen Druck entlastet, kann bei Fragen von Gewicht den Konflikt mit den einflussreichen Mitgliedsstaaten nicht riskieren. Die Gemeinschaft hat zwar ein Eigengewicht erworben, das sich der nationalstaatlichen Verfügung entzieht. Bei den großen Fragen jedoch, der Außenpolitik (Libyen), der Wirtschaftspolitik (Wirtschaftsregierung), der Bankenregulation, der Währungspolitik (Griechenland), sind es die Regierungen, die europäisch handeln müssen, wenn Europa handlungsfähig sein soll. Das ist einzig und allein eine Angelegenheit ihrer Bereitschaft und ihres Europawillens. Eine dürftige Ausrede ist es, zur Rechtfertigung der Versäumnisse vorzubringen, nachdem nun der Friede gesichert, die Märkte integriert und der Wohlstand gesichert sei, fehle der Europäischen Union leider das überzeugende Narrativ, das neue Integrationsschritte, ja selbst die Sicherung des Erreichten begründen, die Politiker inspirieren und die Menschen mitreißen könnte. Reicht das alte Argument Monnets nicht aus, dass die Länder Europas, die größten eingeschlossen, nun einmal zu klein seien, um in der globalisierten Gegenwartswelt die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger noch ausreichend wahren zu können? Das gilt für alle größeren Belange, vom Weltklima über die Bändigung der Märkte und die Sicherheit bis hin zu Wohlstand und Wohlergehen. Und es gilt von Jahr zu Jahr mehr.

Im Kopf sieht es jeder ein, wenn nur gehörig daran erinnert wird, im Herzen will es sich nicht festsetzen, sogar bei Europas Eliten nicht mehr so recht. Wie groß soll die Krise noch werden, ehe der Ruck erfolgt? Das andere Vermächtnis Monnets, seine Methode des Elitenhandelns ohne Bürgerbeteiligung, ist an seine Grenze gestoßen. Nun müssen sich endlich die Bürgerinnen und Bürger einmischen. Freilich

ist nicht zu erwarten, dass diese in einen europäischen Begeisterungsturm ausbrechen, solange sie fortwährend einer sich verselbstständigenden Europaskepsis ihrer Massenmedien und ihrer Spitzenpolitiker ausgesetzt sind, die jene europäischen Erfolge verhindert, die die Menschen mitreißen könnten. Das nährt den europafeindlichen Populismus. In vielen europäischen Ländern hat er schon ein Viertel der Wählerinnen und Wähler hinter sich geschart. Das gewohnheitsmäßige Europa-*bashing* muss als das gebrandmarkt werden, was es in Wahrheit ist. Die Zeit ist reif für einen Warnruf. Aber mehr noch für einen Neuanfang, für einen Beweis dafür, dass die Europäer zusammen gehören. Jetzt brauchen wir jenen Mr. Poole, der in Stevensons Geschichte das Publikum in dem Augenblick als Zeuge herbeiruft, in dem sich Dr. Jekyll wieder einmal in den schmählichen Mr. Hyde verwandeln will.

Dieser Augenblick ist jetzt. Wir verlangen von den maßgeblichen Regierungen, unserer eigenen vorab, jetzt, sofort, das Versprechen der europäischen Solidarität zukunftsorientiert einzulösen und einen großzügigen Entwicklungsplan für Griechenland, notfalls später für weitere Kandidaten aufzulegen. Helmut Schmidt hat die Konturen skizziert: Die Entwicklung von Infrastruktur, das riesige Potenzial als Lieferant von Sonnenenergie für den Kontinent und auf dieser Basis die Förderung von Mittelstand und Arbeitsplätzen, vor allem für die Jugend. Der irrsinnige Kreislauf der Selbstbedienung der Banken mit immer höheren Zinsen ruiniert nicht nur Griechenland, sondern die Fundamente der Union. Das Land und damit auch die ganze EU brauchen jetzt begründete Hoffnung. Sie kann nur aus praktizierter Solidarität erwachsen. Dazu den ersten großen Schritt zu tun ist eine deutsche Pflicht – für Europa und für das eigene Land. Solche Solidarität wäre eine Basis, auf der wieder neu gebaut werden könnte. Dafür sind die Milliarden besser angelegt als im Säckel der Großbanken.